

## Kapitalismus und Wohlfahrtsstaat: das Beispiel der Bundesrepublik Deutschland

Berger, Johannes

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Berger, J. (1989). Kapitalismus und Wohlfahrtsstaat: das Beispiel der Bundesrepublik Deutschland. In H.-J. Hoffmann-Nowotny (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft: gemeinsamer Kongreß der Deutschen, der Österreichischen und der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie, Zürich 1988 ; Beiträge der Forschungskomitees, Sektionen und Ad-hoc-Gruppen* (S. 557-560). Zürich: Seismo Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-146632>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## Ad-hoc-Gruppe 1

### Theorien des sozialen Wandels: Entwicklung als diskontinuierliche Abfolge von Gesellschaftsmodellen und kulturellen Deutungsmustern

#### Allgemeine Ansätze (Teil 1)

#### **Kapitalismus und Wohlfahrtsstaat: das Beispiel der Bundesrepublik Deutschland**

Johannes Berger (Bielefeld)

1. In keiner Phase ihrer Entwicklung wuchsen die kapitalistischen Wirtschaften des Westens im Durchschnitt so schnell und so anhaltend wie in den 30 Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Gerade in der langfristigen Betrachtung zeigt sich die Sonderstellung dieser Entwicklungsperiode. Die stetige und - aus heutiger Sicht - eher moderate Expansionsphase von 1870-1913 wird abgelöst von einer Phase mit ungleichmässiger Entwicklung und starken Einbrüchen (Erster Weltkrieg, Weltwirtschaftskrise) während der Zwischenkriegszeit. Zu Beginn der 50er Jahre setzt dann ein beispielloser, nie gekannter Wachstumsschub ein; auch wenn die Wachstumsraten (in der Bundesrepublik) bereits seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre im Trend zurückgingen, ist es dennoch gerechtfertigt, die Jahre zwischen 1950 und der Wirtschaftskrise 1974/75 zu einer Phase der wirtschaftlichen Entwicklung zusammenzufassen, die ihre Einheit in der vom langfristigen Trend abweichenden Wachstumsdynamik findet.

Die überragende Bedeutung des Wachstums für die bundesrepublikanische Gesellschaft wird jedoch verkannt, wenn man es nur als ein ökonomisches Phänomen ansieht und den Wachstumserfolg lediglich in den Kennziffern des Bruttosozialprodukts und seiner Komponenten zu fassen versucht. Das wirtschaftliche Wachstum hat hergebrachte soziale Verhältnisse, Verhaltensweisen und Denkmuster grundlegend geändert und einen tiefen Bruch mit der eigenen wirtschaftlichen und sozialen Vergangenheit herbeigeführt. Die vielleicht wichtigsten Änderungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet als Folge der kapitalistischen Akkumulation sind: die Marginalisierung der Landwirtschaft, die Einebnung des Unterschieds von Stadt und Land, die Auflösung des Proletariats als "Klasse", der Aufstieg der abhängigen Erwerbsarbeit zur beinahe alleinigen Quelle individueller Reproduktion, der Anstieg der Lohnneinkommen im Tempo des Produktivitätsfortschritts, die immense Steigerung räumlicher Mobilität auf der Grundlage des Individualverkehrs, die "Bildungsrevolution" sowie der Auf- und Ausbau sozialstaatlicher Leistungen.

Noch bedeutsamer als die hier aufgezählten Änderungen ist vielleicht der soziale Wandel im Weltmassstab. In der internationalen Perspektive gilt erst recht,

dass die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer tiefgreifenden Umgestaltung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse geführt haben. Ein weltumspannender Markt datiert eigentlich erst seit dieser Zeit. Armut und Ungleichheit sind gewiss nicht beseitigt, in globalem Massstab vielleicht nicht einmal gemildert worden. Dennoch hat die faktische oder virtuelle Integration der Länder der "Dritten Welt" in den Weltmarkt zu Änderungen auf dem Gebiet der Ökonomie, der Politik und der Kultur geführt, die kaum übertrieben werden können. "Man kann", so Hobsbawm zusammenfassend, "behaupten, dass im Weltmassstab das Mittelalter zwischen 1950 und 1970 endete".

2. Der langanhaltende Aufschwung, der die Jahre seit 1950 prägte, hat unterstrichen, dass kapitalistische Wirtschaften zu einer andauernden und dauerhaften Besserstellung der von ihnen ergriffenen Bevölkerungsschichten in der Lage sind. Aufgrund dieser Entwicklung sind Analysen, die im Rahmen eines abstrakten Kapitalismus-Modells mit wachsenden Konflikten rechnen und eine Verelendungsperspektive anlegen, entwertet worden. Ein solches Modell vermag dem Gestaltwandel des Kapitalismus nicht Rechnung zu tragen. Eine notwendige Vorbedingung für eine empirisch gehaltvolle Analyse des Nachkriegskapitalismus ist jedoch die Unterscheidung von Phasen der kapitalistischen Entwicklung. Solche Phasen folgen jeweils einer eigenen Logik und besitzen eine für sie charakteristische "institutionelle Struktur" (Gordon). Aufgabe einer Phasentheorie der industriell-kapitalistischen Entwicklung ist,

- a) die jeweils für eine Phase typische institutionelle Struktur zu ermitteln,
- b) zu zeigen, wie und aus welchen Gründen eine solche institutionelle Struktur sich etablieren konnte,
- c) die Abfolge von Entwicklungsphasen zu erklären und
- d) Elemente einer "neuen Prosperitätskonstellation" (B. Lutz) zu eruieren.

3. Im Blick auf die zur Auswahl stehenden Begriffe scheint mir das Konzept des "wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus" am besten geeignet, die für die Entwicklungsperiode seit 1950 typische institutionelle Struktur zu erfassen. Im Zentrum dieser Struktur steht der "capital-labour accord". In der Tat besteht die für das wohlfahrtsstaatliche Arrangement typische institutionelle Innovation in der Entdeckung, theoretischen Begründung und politischen Absicherung von Interessengemeinsamkeiten zwischen Kapital und Arbeit. Diese Interessengemeinsamkeiten ersetzen die "Artikulation" des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit in der Phase vor dem Zweiten Weltkrieg. Die neue Form der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit wird "wohlfahrtsstaatlich" genannt, weil sie in enger Verbindung mit der Übernahme zweier neuer Aufgaben durch das politisch-administrative System steht: der "keynesianischen" Prozesssteuerung der Wirtschaft und der "sozialstaatlichen" Sozialisierung der individuellen Rekordproduktion der Arbeitskraft. Im Endeffekt bedingen die staatliche Vollbeschäftigungspolitik einerseits und die Ausweitung staatlicher Sozialleistungen andererseits eine Umverteilung der Einkommen zugunsten der Arbeit und eine Schwächung des "Reserve-

armeemechanismus", auf dem die Macht des Kapitals über die Arbeit im "unmittelbaren Produktionsprozess" aufbaut.

4. In der Forschung ist gewiss umstritten, bis zu welchem Umfang das Nachkriegswachstum kausal auf diesen institutionellen Neuerungen beruhte. Andere Erklärungsansätze betonen "akzidentelle" Faktoren (wie z.B. den Aufholbedarf nach dem Zweiten Weltkrieg, die Verfügbarkeit billiger Rohstoffe und Energie, Weltmarkteinflüsse etc.) und sehen im Wachstum eher die Grundlage des Wohlfahrtsstaates als im Wohlfahrtsstaat die Grundlage des Wachstums. Aber auch wenn die Prosperität nicht der institutionellen Struktur zugerechnet werden kann: diese gerät als erste unter Druck, wenn die wirtschaftliche Prosperität nachlässt, die Konjunktur sich verschlechtert und die Turbulenzen auf dem Weltmarkt zunehmen. Phasen wirtschaftlicher Krise und Stagnation sind zugleich Phasen, in denen die bestehenden institutionellen Strukturen in Frage gestellt werden und die Suche nach neuen Strukturen verstärkt wird.

Von den institutionellen, die Nachkriegsentwicklung kennzeichnenden Strukturen besitzt der keynesianische Interventionsstaat die geringsten Überlebenschancen. Der Glaube, der Staat könne alle ökonomischen Ziele bezüglich Vollbeschäftigung und Einkommensumverteilung auch realisieren, vorausgesetzt, er mache sich diese Ziele nur zu eigen, ist gründlich enttäuscht worden. Die gegenwärtige Diskussion ist geprägt von der Betonung der Eigengesetzlichkeit differenzierter Subsysteme und dementsprechend stark eingeschränkter Steuerbarkeit einerseits, und der Infragestellung der Steuerungsfähigkeit des Staates als "kollektiver Akteur" andererseits.

5. Nach dem Ende der Nachkriegsprosperität ist die Wirtschaft der Bundesrepublik mit vier grossen Problemen konfrontiert: der Bewältigung der Beschäftigungskrise, der Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität und damit der Sicherung ihrer Weltmarktstellung, der Sicherung der sozialen Sicherung und dem Schutz der Natur. Die Aufgabe der Sozialwissenschaften besteht darin, herauszufinden, wie die institutionellen Restrukturierungen der Wirtschaft, des Staates und der "intermediären Organisationen" konstruiert sein müssen, um die genannten Probleme zu bewältigen.

Welche Änderungen der ökonomischen und sozialen Verhältnisse sich abzeichnen, soll hier nur in Stichworten für den engeren Bereich der Arbeit und der Produktion angegeben werden:

- a) Nutzung von Produktivitätsressourcen des Betriebs durch erweiterten, die Ganzheit der Person einbeziehenden Zugriff auf das Arbeitsvermögen, durch die Auseinanderziehung von betrieblichen und individuellen Arbeitszeiten (gerade als notwendige Konsequenz weiterer Arbeitszeitverkürzungen) und durch Flexibilisierung der individuellen Arbeitszeit;
- b) Die Wahrnehmung von Weltmarktchancen durch "diversifizierte Qualitätsproduktion", die an die Stelle der Massenproduktion für stabile und wenig umkämpfte Märkte tritt;

- c) Entrigidisierung der Arbeitsorganisation, grössere Vielfalt von Formen der Erwerbsarbeit, flexiblere zeitliche Muster der Arbeitskraftnutzung und Erleichterung des Übergangs zwischen verschiedenen Tätigkeitsfeldern und Arbeitsformen.

6. Institutionelle Neuerungen lassen sich danach sortieren, ob sie einen Beitrag zur Lösung der zuvor genannten Probleme leisten können. Es wäre zum Beispiel kurzfristig, in jeder Deregulierung eine Steigerung der Produktivität zu vermuten. Nicht Deregulierungen, sondern innovative Neuregelungen sind am Ende besser geeignet, die anstehenden Probleme zu bewältigen. Gewiss leidet die Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik unter vielfältigen Rigiditäten und institutioneller Inflexibilität. Dennoch wäre es kurzfristig, von jeder Deregulierung sogleich eine Steigerung der Produktivität zu erwarten. Auch solche Deregulierungen, die in isolierter Betrachtung eine Steigerung der Produktivität versprechen, können sich wegen der Rückwirkungen einer Verfehlung des Ziels der sozialen Sicherheit auf das Ziel der wirtschaftlichen Produktivität verbieten. Soziale Sicherheit ist so gesehen kein Hemmnis für wirtschaftliche Anpassungsfähigkeit, sondern der Preis, der für die Anpassungsbereitschaft der Arbeitskräfte an durch den Weltmarkt aufgezwungene Änderungen bezahlt werden muss.

7. Die sich abzeichnende Gesellschaft der Zukunft ist eine Gesellschaft mit gesteigerter Vielfalt und gesteigerter Abhängigkeit (vgl. Streeck 1987). Dieser Gesellschaft fehlt zunächst ein zentraler Akteur, der für die Gesamtgesellschaft kollektiv als erstrebenswert erkannte Ziele durchsetzt. Den Staat kennzeichnen im gesellschaftlichen Binnenverkehr eher "Herrschaftsverlust und Sanktionsverzicht" als hoheitliche Durchsetzung eines kollektiven Willens. Zwei weitere "Abwesenheiten" charakterisieren die gegenwärtige Lage: mit der Ausbreitung wohlfahrtsstaatlicher Verhältnisse hat sich einerseits die soziale Bewegung verflüchtigt, in der das Verlangen nach einer gesellschaftlichen Alternative - und auch die Fähigkeit, diese durchzusetzen - konzentriert war, andererseits ist der Kanon moralischer Überzeugungen, der kulturelle Identität einer Gesellschaft stiften könnte, immer mehr ausgedünnt worden. Die Leerstelle, die von abnehmender Loyalität gegenüber Institutionen und wenigstens in Teilbereichen in beobachtenden Tendenzen der Entsolidarisierung zurückgelassen wird, könnte von einer nach Themen und Teilnehmern nicht restringierten öffentlichen Diskussion eingenommen werden. Auch wenn in der dadurch provozierten Flut von Bildern und Meinungen es kaum noch Möglichkeiten gibt, sich Gehör zu verschaffen, ist die Inklusion aller gleichwohl die Vorbedingung für den Zusammenhalt einer Gesellschaft "ohne Spitze und ohne Zentrum" (Luhmann), ohne soziale Bewegung und ohne einen gesellschaftsweit gültigen Entwurf, "wie wir leben wollen".